

8716.50_2-6-15-86 (181218 WL Ergänzung LfU an BL5_mit grds. Anmerkung)

Eingangsdokument

Metadaten

Link auf Objekt

Dokumentenkennzeichen [Bearbeitungsstatus / Status]

8716.50 2-6-15-86 [z.A. verfügt / Abgeschlossen]

Inhalte

Name

WG: Entwurfs zur 7. Fortschreibung Luftreinhalteplan für die Stadt München; Berücksichtigung des Lkw-Durchfahrtsverbots

Datum

18.12.2018

Fremdes Geschäftszeichen

-

Betreff

50_Entwurf 7. Fortschreibung Ende 2018

Adressaten

Adressaten Information

Luftreinhalteplanung (Reg OB)

Versandinformation

Versandart: E-Mail


Briefdatum: 18.12.2018

Hinweise

-

Unterschriften

z.A.

 ROB, SG 50 am 24.06.2019 12:38:13

Manuelle Unterschriften

Keine Einträge

Von: Luftreinhalteplanung (Reg OB) [REDACTED]@reg-ob.bayern.de>
An: [REDACTED] (Reg OB) [REDACTED]@reg-ob.bayern.de>
[REDACTED] (Reg OB) [REDACTED]@reg-ob.bayern.de>; [REDACTED] (Reg OB)
CC: [REDACTED]@reg-ob.bayern.de>; [REDACTED] (Reg OB) [REDACTED]@reg-ob.bayern.de>
Gesendet am: 18.12.2018 18:18:32
Betreff: WG: Entwurfs zur 7. Fortschreibung Luftreinhalteplan für die Stadt München; Berücksichtigung des Lkw-Durchfahrtsverbots

Sehr [REDACTED],

Hier nochmals „Schwarz auf Weiß“, was ich Ihnen bereits gestern mitgeteilt habe.

Im Übrigen mutet es für von der Fachseite seltsam an, wenn die Fakten ständig in Frage gestellt werden, wo in aufwändigen gerichtlichen Entscheidungsprozessen eindeutig in ganz Deutschland sogar für Städte mit weit geringerer Belastung auf Fahrverbote entschieden wird.

Wann besinnt sich jetzt endlich die Regierung die Gerichtsurteile zum Wohl der Menschlichen Gesundheit sachgerecht umzusetzen?

Nachdem wir jetzt nach arbeitsintensiven Prozessen endlich nach ca. 2 Jahren einen Bereichsplan-Entwurf erstellt haben verbleibt aus meiner Sicht nur der aktive Widerstand des Bereiches falls das Präsidium das Versenden des Planentwurfs verhindert; d.h. Remonstrierung durch BL5 für uns alle – so kann es jedenfalls nicht mehr weitergehen.

Als ernsthafte Alternative empfehle dem Präsidium mit dem StMUV es gleich zu tun und die Zuständigkeit für LRP München auf eine Stabsstelle zu delegieren, weil die Planung nicht mehr fachlicher Natur, sondern politisch ist. Außerdem sollte aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei der Stadt zwingend von der Präsidentin die Änderung der Zuständigkeit beim StMUV angestoßen werden (Mobilitätsreferat, Erstellung nun eines eigenen städtischen Plans...es ist doch eindeutig klar, dass die Konflikte mit der Stadt vorprogrammiert sind und diese sind nicht fachlicher Natur – im Fall von München hält es deswegen Sachgebiet 50 weder sachgerecht noch sinnvoll, zuständig für die LRP in der Regierung zu sein. Im Sinne eines vorausschauenden strategischen Handelns sollten unverzüglich entsprechende Überlegungen durch das Präsidium erfolgen. Die Übertragung auf eine Stabsstelle – als Übergangslösung – hatte sich durch [REDACTED] schon einmal bewährt.

Hinweis:

Wie auch schon von 55.1 deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, war der Erarbeitungsprozess sehr aufwändig und kann dauerhaft mangelnder Personalressourcen nicht geleistet werden. Damit möchte ich auch zum Ausdruck bringen, dass wir dringend darum bitten, dass Änderungen an dem Plan möglichst vermieden werden und ein Abschluss erzielt wird (d.h. kein „Kreisen“ um den Plan mit dem Ziel der Verzögerung – der jetzige Plan erfüllt die fachlichen und rechtlichen Vorgaben des Gerichtes; im Fall einer für mich drohenden Zwangshaft werde ich dem Gericht im Rahmen des Selbstschutzes den Planentwurf zusammen mit meinen Positionen zur Beweissicherung zur Verfügung stellen; dafür bitte ich vielmals um Verständnis – ich habe es nicht für möglich gehalten, dass ich jemals in eine solche Situation komme.

Anmerken möchte ich und auch gleich um Verständnis werbend, dass ich zwischenzeitlich gereizt reagiere, wenn da Thema Zwangshaft ins Lächerliche gezogen wird – bei mir hat der Spaß hier aufgehört und ich empfinde die Situation nur als traurig und fühle mich provoziert).

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Von: [REDACTED] (LfU)
Gesendet: Dienstag, 18. Dezember 2018 17:08
An: Luftreinhalteplanung (Reg OB)
Cc: [REDACTED] (LfU); [REDACTED] (LfU); [REDACTED] (Reg OB); LfU - Abteilung 2 - AB
Betreff: Entwurfs zur 7. Fortschreibung Luftreinhalteplan für die Stadt München; Berücksichtigung des Lkw-Durchfahrtsverbots

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser E-Mail erhalten Sie vom Bayer. Landesamt für Umwelt ein Schreiben, gegebenenfalls auch mit entsprechend gekennzeichneten Anlagen.

Dieses Schreiben wird ausschließlich elektronisch übermittelt, Sie erhalten keinen Brief gleichen Inhaltes.

Hinweis:

Wenn Sie selbst nicht der angesprochene Empfänger sind, leiten Sie bitte diese E-Mail in Ihrem Haus weiter. Sollten Sie irrtümlich diese Nachricht erhalten haben, leiten Sie sie bitte mit einem kurzen Hinweis an uns zurück.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

*Bayerisches Landesamt für Umwelt
Vorzimmer Abteilung 4 Strahlenschutz
(in Vertretung [REDACTED]
[REDACTED] Abteilung 2
Luft Lärm Anlagensicherheit)
86177 Augsburg
Tel [REDACTED]
Fax [REDACTED]
mailto:[REDACTED]@lfu.bayern.de*